



**Kantonsratsbeschluss
betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans
(L 4 Wald; L 8 Gewässer; E 11 Abbau Steine und Erden)**

Bericht und Antrag der Kommission für Raum, Umwelt und Verkehr
vom 3. Juli 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Raum, Umwelt und Verkehr befasste sich am 4. Mai 2020 an einer ganztägigen Sitzung mit einem Augenschein beim geplanten Kiesabbaugebiet Hatwil sowie am 3. Juli 2020 an einer halbtägigen Sitzung mit dieser Richtplananpassung. Von der kantonalen Verwaltung nahmen an der Sitzung Regierungsrat und Baudirektor Florian Weber, Kantonsplaner René Hutter, Sandra Kollbrunner, juristische Praktikantin der Baudirektion, und David Gander, juristischer Mitarbeiter der Baudirektion, teil. Das Protokoll verfasste Christa Hegglin, Obfelden.

Unseren Bericht gliedern wir wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Eintretensdebatte
3. Detailberatung und Schlussabstimmung
4. Antrag

1. Ausgangslage

Die ausführliche Ausgangslage für die vorliegende Richtplananpassung ist im Bericht des Regierungsrats wiedergegeben (Vorlage Nr. 3075.1 - 16269), so dass grundsätzlich darauf verwiesen werden kann. Der Bericht der Kommission folgt streng der Synopse. Da die Richtplananpassungen während zwei Sitzungen beraten wurden, über einzelne Themen zum Teil an beiden Sitzungen abgestimmt worden ist und weil einzelne Kommissionsmitglieder nicht immer anwesend waren, haben entsprechend nicht immer gleich viele Kommissionsmitglieder abgestimmt.

2. Eintretensdebatte

Am 4. Mai 2020 besuchte die Kommission das bestehende Kiesabbaugebiet Äbnetwald und anschliessend das geplante Kiesabbaugebiet Hatwil. Im Anschluss an den Augenschein präsentierte die Standortgemeinde – auf Einladung des Kommissionspräsidenten – ihre Sicht der Dinge. Im Anschluss an den Augenschein und die Präsentation der Gemeinde Cham stimmte die Kommission über das Eintreten auf die gesamte Vorlage ab.

In der Abstimmung beschloss die Kommission für Raum, Umwelt und Verkehr einstimmig und ohne Enthaltungen Eintreten auf die Vorlage Nr. 3075.2 - 16270 des Regierungsrats.

Anschliessend stellte die Baudirektion die einzelnen Kapitel der Reihe nach vor. Die Kommission diskutierte jedes Kapitel einzeln und fasste darüber Beschluss.

3. Detailberatung und Schlussabstimmung

L 4 Wald – statische Waldgrenzen

Die Baudirektion führte ins Thema ein. Nach der Klärung von Fragen zu den Zuständigkeiten für den Erlass der statischen Waldgrenzen stimmte die Kommission ohne weitere Debatte über die Richtplananpassung ab.

Die Kommission stimmte der Einführung der statischen Waldgrenze für das ganze Kantonsgebiet mit 12 zu 0 Stimmen und ohne Enthaltungen zu.

L 8 Gewässer – Ausscheidung des Gewässerraums

Die Baudirektion erläuterte die Anpassungen im Kapitel L 8 Gewässer. Im Rahmen des Augenscheins hat die Baudirektion die Methode zur Ausscheidung des Gewässerraums im Felde aufgezeigt.

Anlass zur Diskussion gab in der Kommission vor allem die Frage, wie mit den Gewässern umgegangen wird, die nicht in der Landeskarte 1:25 000 aufgeführt sind. Die Baudirektion erklärte, dass die Gemeinden bei allen Gewässern, die in der Landeskarte dargestellt sind, einen Gewässerraum ausscheiden müssen. Bei den Gewässern, die nicht in der Landeskarte aufgeführt sind, führt die Gemeinde zwingend eine Interessenabwägung durch. Diese Abwägung nach einheitlichen Kriterien führt dazu, dass ein Gewässerraum ausgeschieden wird, wenn das Gewässer ökologisch wertvoll ist oder anderenfalls nicht.

Der Kanton erarbeitet in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein Merkblatt, welches sich auch zu diesem Punkt äussert. Damit ist ein einheitlicher Vollzug des Richtplanauftrags in den Gemeinden sichergestellt.

Die Kommission stimmte den Anpassungen an der ersten Sitzung einstimmig und ohne Enthaltungen zu.

An der zweiten Sitzung beschloss die Kommission mit 11 zu 3 Stimmen das Rückkommen auf diese Abstimmung.

Ein Teil der Kommission beantragte, dass die Gemeinden für alle Gewässer einen Gewässerraum ausscheiden müssen. Es gebe viele wertvolle Gewässer, die nicht auf der Landeskarte 1:25 000 verzeichnet sind. Das Risiko sei gross, dass die Gemeinden hier durchs Band keine Gewässerräume ausscheiden würden.

In der Kommission setzte sich die Haltung durch, dass dieser Antrag weitreichende Folgen hätte und deshalb abzulehnen ist. Ein z. B. nur zeitweise wasserführender Entwässerungsgraben würde die Bebaubarkeit eines Grundstücks massiv einschränken, wenn dafür ein Gewässerraum ausgeschieden wird. Eine Verlegung eines Gewässers sei auch nur in Ausnahmefällen möglich. Der vom Gesetzgeber bewusst geschaffenen Freiraum für die Gemeinden betreffend den Kleinstgewässern sei nicht weiter einzuschränken.

Auch das Argument, dass die Gemeinden auf die Festlegung von Gewässerräumen bei diesen Kleinstgewässern per se verzichten, fand kein Gehör. Die Festlegung erfolgt im Rahmen der kommenden Ortsplanungsrevision. Die Gemeinden legen ihre Vorstellungen nach der Vorprü-

fung durch die Baudirektion öffentlich auf. Entsprechend ist die Mitwirkung sichergestellt. Letztlich genehmigt der Regierungsrat diese Festlegungen und den Betroffenen stehen die gesetzlichen Rechtsmittel offen.

Die Kommission lehnte – an der zweiten Sitzung – mit 10 zu 4 Stimmen und ohne Enthaltungen den Antrag ab, wonach die Gemeinden den Gewässerraum für alle Gewässer festlegen müssen.

E 11 Abbau Steine und Erden – Kiesabbaugebiet Hatwil

a) Augenschein und aktuelle Abklärungen

Die Kommission führte einen halbtägigen Augenschein im Abbaugebiet Äbnetwald und im potenziellen Abbaugebiet Hatwil durch. Die Baudirektion erläuterte die Ausdehnung des geplanten Kiesabbaugebiets mit Hilfe von Karten.

Für die zweite Sitzung klärte die Baudirektion – im Auftrag des Kommissionspräsidenten – verschiedene Fragen ab. Diese stellte die Baudirektion der Kommission zu und sie liegen diesem Bericht bei (nachfolgend: «Grundlagen RUV»). Im Folgenden wird auf die jeweiligen Abbildungen und Seitenzahlen im Bericht «Grundlagen RUV» verwiesen.

Für die Beantwortung der Fragen führte die Baudirektion bei den Deponie- und Kiesgrubenbetreibenden eine Umfrage durch, um möglichst aktuelle Zahlen zu erhalten. Die Zahlen im Bericht «Grundlagen RUV» weichen entsprechend vom letzten Kiesbericht 2019 zum Teil ab, da letzterer mit Zahlen von Ende 2018 erstellt worden ist.

b) Ausgangslage

Die Kommission diskutierte im Folgenden verschiedene Fragestellungen. Der Bericht führt diese unter den folgenden Stichworten zusammen.

Bedarf:

Der Kantonsrat setzte im Zuger Richtplan in verschiedenen Beschlüssen auf die Eigenversorgung des Kantons mit Kies und der Ablagerung von Aushub (Beschlüsse E 11.1.1 und E 3.1.1).

Im Kanton Zug sind aktuell zwei Kiesabbaugebiete in Betrieb. Die Reserven der Abbaugebiete «Äbnetwald» und «Bethlehem» reichen noch bis ca. 2030/2031 (Abb. G in «Grundlagen RUV»). Mehr als 400 000 m³ Abbau jährlich ist aufgrund der Abbaubewilligungen nicht möglich. Reduzieren die Firmen den Abbau, reichen die Reserven noch länger.

Auch beim vorhandenen Deponievolumen steuert der Kanton Zug auf einen Engpass zu. Das heute prognostizierte vorhandene Auffüllvolumen in den bestehenden und noch abzubauenen Kiesgruben und den separaten Deponiestandorten (inkl. Babilon in Dietwil AG) reichen noch bis 2029–2031 (Abb. K in «Grundlagen RUV»).

Die Abb. K zeigt eindrücklich, dass der Kanton Zug gefordert ist. Ohne die Möglichkeit, nach dem Abbau des Kiesel in Hatwil sauberen Aushub abzulagern, ist der Notstand ab 2031/2032 eklatant. Ohne Hatwil dürfte sich ein «Dauernotstand» im Aushubdeponiewesen im Kanton Zug festsetzen.

Der Bedarf sowohl für ein neues Abbaugebiet in Hatwil wie auch für zusätzliches Deponievolumen für sauberen Aushub ist ausgewiesen.

Das Recyclingmaterial spielt zukünftig eine wichtige Rolle. Auch hier hat der Kantonsrat bereits früh im Richtplan die Leitplanken gesetzt (Beschluss E 4.1.1, E 4.1.2 und E 11.1.2 sowie E 11.1.3). Diese Ziele setzt der Kanton bei kantonseigenen Projekten um und sensibilisiert die Gemeinden und die Bauwirtschaft für die Verwendung von Recyclingbaustoffen.

Sowohl beim Hochbau wie im Strassenbau setzt der Kanton – soweit technisch möglich – auf den Einsatz von Recyclingbaustoffen. Im Strassenbau schränken die heutigen Normen und die technischen Eigenschaften des Recyclingmaterials den Einsatz noch ein. Die zukünftige Entwicklung dürfte das Einsatzgebiet weiter erhöhen.

Ein vollständiger Ersatz für qualitativ hochwertigen Kies aus den Kiesgruben durch Recyclingbaustoffe ist in den nächsten Jahrzehnten jedoch nicht denkbar. Zudem wird mehr Material verbaut, als auch im besten Fall als Recyclingmaterial zur Verfügung steht.

Klärungen zum Standort Hatwil:

Der Kantonsrat nahm das Kiesabbaugebiet Hatwil als einziges im Richtplan als Zwischenergebnis auf und beauftragte den Regierungsrat, die weiteren Abklärungen zu treffen (Beschluss E 11.2.2). Die vorliegende Anpassung erfüllt diesen Auftrag.

In der Diskussion zu den Präsentationen der Baudirektion zeigte sich, dass

- a) das Gebiet Hatwil die Chance eröffnet, sowohl die langfristige Kiesversorgung wie das Schaffen von neuem Volumen für den sauberen Aushub zu einem grossen Teil zu sichern;
- b) im Kanton Zug viel nicht standfester Aushub anfällt, dieser ist auf eine «Badewanne» angewiesen, da mit diesem Material keine Schüttungen, wie in den normalen Deponien, möglich sind;
- c) in Hatwil der verwertbare Anteil am gesamten Material kleiner ist als beispielsweise im Abbaugebiet «Betlehem» in Menzingen, dies aufgrund der grossen Mächtigkeit der Grundmoräne, welche auf dem gut verwertbaren Schotter liegt;
- d) für die Aufbereitung der Grundmoräne im bestehenden Werkplatz Boden in neue Aufbereitungsanlagen investiert werden muss;
- e) die Erschliessung des Werkplatzes Boden mit den heutigen Erschliessungsregeln die Siedlung von Cham wenig tangiert;
- f) das Kiesabbaugebiet Hatwil gegenüber anderen Deponien ein sehr günstiges Verhältnis zwischen Deponiekubatur (netto 7 Mio. m³) und Flächenbedarf (520 000 m²) aufweist.

Import und Export von Aushub:

Der Kanton weist in den letzten Jahren grosse Importüberschüsse beim sauberen Aushub aus (Abb. I in «Grundlagen RUV»). Dafür verantwortlich ist in erster Linie der Kanton Zürich (linkes Seeufer), weil in Grenznähe keine Deponien vorhanden sind. Bei der Bewilligung von neuen Aushubdeponien oder bei der Rekultivierung von Kiesgruben legt der Kanton seit Neustem eine 20 Prozent-Regel fest. Es darf nicht mehr als 20 Prozent des Aushubs aus den Nachbarkantonen eingeführt werden.

c) *Diskussion in der Kommission*

Bereits im Rahmen der Präsentationen stellte sich eine intensive Diskussion ein. Neben grundsätzlichen Fragen zum Sinn oder Unsinn der Eigenversorgung des Kantons bis zu unklaren Zahlen diskutierte die Kommission das Geschäft intensiv. Aus der geführten Diskussion lassen sich folgende Argumente der Kommissionsmitglieder für das Abbauggebiet resp. gegen das Abbauggebiet zusammengefasst festhalten:

Contra:

- Es handle sich um eine wertvolle, offene Kulturlandschaft mit grosser Artenvielfalt und vielen realisierten Massnahmen zur ökologischen Aufwertung.
- Es seien Fruchtfelächchen und ein wertvoller Wald betroffen.
- Das Abbauggebiet tangiere die Anreicherung des Grundwassers und die Auswirkungen auf die Quelle des Klosters seien ungewiss.
- Der Abbau tangiere das Naherholungsgebiet von Cham und zwei Generationen könnten dieses schöne Gebiet nur eingeschränkt nutzen.
- Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende beim Kiesabbau. Der Kiesabbau im Kanton Zug gehe irgendwann sowieso zu Ende.
- Die Zahlen in den verschiedenen Unterlagen seien unklar, deshalb sei zuerst das Kieskonzept zu erstellen und dann über die Festsetzung von Hatwil zu entscheiden.
- Letztlich gehe es um ein Deponieprojekt. Kies importieren sei kein Problem, wenn der Preis stimme.
- Die Standortgemeinde Cham wehre sich mit Händen und Füssen gegen Hatwil und werde alle möglichen Rechtsmittel ergreifen: Streit sei vorprogrammiert.
- Der Kanton zahle viel in den NFA, somit sei es nicht mehr als Recht, wenn die Nehmerkantone ihm beim Kies und Aushub unter die Arme greifen würden.
- Die Betrachtung sei viel zu stark auf Kantonsgrenzen fokussiert. Es brauche Lösungen für die ganze Zentralschweiz oder den Metropolitanraum Zürich.

Pro:

- Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) habe Ja gesagt zum Abbau, somit könne mit flankierenden Massnahmen das Abbauggebiet landschaftsverträglich realisiert werden. Diese Auflagen seien aufgenommen im Beschluss.
- Der Eingriff in die Landschaft sei vorhanden. Es gebe aber kaum ein besser geeignetes Gebiet als Hatwil für die nachfolgende 1:1-Rekultivierung. In 50 Jahren wisse niemand mehr, dass hier mal Kies abgebaut wurde.
- Hatwil sichere dem Kanton Zug Eigenständigkeit in der Kiesversorgung und der Aushubablagern. Wir seien nicht am «Gängelband» der Nachbarkantone und könnten unsere See- kreide in der «Badewanne» Hatwil langfristig ablagern.
- Wir lösen unsere Probleme selber und schieben sie nicht auf die Nachbarn ab: Das sei «zuglike».
- Der Kantonsrat habe Ja gesagt zum Wachstum im Kanton Zug, somit müsse er auch Ja sagen zu genügend Kies und Auffüllvolumen: Hatwil löse beides.
- Aus der Region für die Region gelte bei Lebensmitteln und auch bei der Versorgung mit Ressourcen, wenn dies mit den anderen Interessen vertretbar sei: Lange Transporte für Kies und Aushub seien ökologisch, finanziell und wirtschaftlich unzweckmässig.
- Offene Kiesgruben seien die neuen Hotspots für die Artenvielfalt. Somit hätten viele Vögel und Amphibien in Hatwil eine neue Heimat für Jahrzehnte.

- Ein neues Kieskonzept bringe keine anderen Erkenntnisse zu Hatwil, nur Zeitverlust: Weder der Steinhauserwald noch das Gebiet Schönbühlwald in Baar seien Alternativen. Auch hier würde sich die Bevölkerung wehren und die geologischen Verhältnisse seien schlechter.
- Die Geologie sei unsicher: 15 Bohrungen würden für die Schätzung des Volumens reichen. Die grossen Linien zeigen: Ohne Hatwil seien Engpässe unausweichlich und wir bräuchten neue Deponien mit ungewisser Realisierung: Bei der Deponie «Stockeri» laufe die Planung seit 14 Jahren.
- Aufgrund der Nähe zur Kiesgrube Äbnetwald müsse einzig das bestehende Förderband verlängert werden. Grosse Kiesaufbereitungs- und -verarbeitungsanlagen würden bereits bestehen.
- Es gehe auch um Arbeitsplätze im Industriesektor. Zug sei nicht nur «Dienstleistungskanton». Zug brauche auch niederschwellige Arbeitsplätze.

In der Diskussion stellte ein Kommissionsmitglied Fragen zum zukünftigen Deponievolumen, welches in den nächsten Jahren durch den Kiesabbau entsteht. Es wurde auf die Differenz zwischen den Zahlen im Kiesbericht 2019 (4,4 Mio. m³) sowie den Zahlen in der aktuellen Abklärung der Baudirektion für die zweite Kommissionssitzung (rund 3,0 Mio. m³) hingewiesen (Abb. J in «Grundlagen RUV», mittlerer Balken).

Die neusten Zahlen sind aufgrund der Umfrage im Juni 2020 aktueller. Für die Baudirektion ist zentral, dass unabhängig von dieser Zahl ab den Jahren 2031/2032 ein veritabler Engpass bei den Deponievolumen entsteht (Abb. K in «Grundlagen RUV»).

Aufgrund der verdichteten Bauweise steigt in den nächsten Jahrzehnten der jährliche Aushub anfall eher, als dass er sinkt (mehr Bauten im Untergrund).

Ein Kommissionsmitglied wies weiter auf den Zimmerberg-Basistunnel (ZBT II) hin, bei welchem Ausbruchmaterial in der Höhe von rund 2,5 bis 3 Mio. m³ anfällt. Zudem muss in den nächsten 15 Jahren in der Deponie Tännlimoos – um dort mehr Platz für andere Abfallkategorien zu schaffen – 1,2 Mio. m³ sauberer Aushub umgelagert werden. Dieses Deponievolumen von rund 4 Mio. m³ ist in den Berechnungen der Baudirektion nicht eingerechnet. Dies zeigt, dass die Sache mit den «richtigen» Zahlen immer schwierig ist. Diesbezüglich entgegnete ein Kommissionsmitglied, dass die SBB ihren Aushub selbst entsorgen müssen und solche speziellen Massnahmen nicht in die ordentliche Deponieplanung gehörten.

Ein Kommissionsmitglied bezweifelte im Weiteren, dass beim Kiesabbaugebiet Hatwil der nutzbare Anteil der Grundmoräne 60 Prozent betrage. Die Grundmoräne liegt über dem faktisch zu 100 Prozent verwertbaren Schotter. Es liegen Gutachten der Gemeinde Cham vor, in denen von 30 Prozent ausgegangen werde. Am Augenschein sei die Betreiberin zudem von 40 bis 50 Prozent verwertbarem Material ausgegangen.

Die Baudirektion erwiderte, dass bei jedem geologischen Gutachten Unwägbarkeiten bleiben. Die Baudirektion geht aufgrund der Bohrungen von einem nicht verwertbaren Anteil von 28 Prozent des gesamten abbaubaren Volumens in Hatwil aus (Abb. F in «Grundlagen RUV», Balken ganz rechts). Jeder Unternehmer schaut aus finanziellen Gründen darauf, dass der nicht verwertbare Anteil möglichst klein ist. Muss viel umgelagert werden, verliert er «verkaufbares» Ablagerungsvolumen.

d) *Abstimmung*

E 11.1 Planungsgrundsätze

E 11.1.1 Maximale jährliche Kiesabbaumenge:

Ein Kommissionsmitglied stellte den Antrag, dass die maximal jährliche Abbaumenge auf 300 000 m³ jährlich beschränkt wird. Damit zeige der Kantonsrat klar, dass mit den noch vorhandenen Kiesreserven haushälterisch umzugehen sei.

Gleich argumentierte ein weiteres Mitglied, aber der Antrag beinhaltet eine zeitliche Staffelung:

- Bei E 11.1.1 ist die Formulierung «mittel- und» zu streichen, denn es geht nur noch um die längerfristige Planung.
- Das jährliche maximale Abbauvolumen ist bis 2034 auf jährlich maximal 400 000 m³ und ab 2035 auf jährlich maximal 300 000 m³ festzulegen.

Der bestehende Antrag der Regierung unterlag den beiden Kommissionsanträgen. Letztlich obsiegte mit 9 zu 5 Stimmen der Kommissionsantrag, wonach das jährliche maximale Abbauvolumen bis 2034 auf 400 000 m³ und ab 2035 auf jährlich maximal 300 000 m³ festgelegt wird (Beschluss E 11.1.1, 1. Absatz).

E 11.1.1 Inhalt Kieskonzept:

Ein Mitglied stellte den Antrag, dass das nächste Kieskonzept eine Lösung aufzeigen müsse, die ohne neue Abbaugelände auskommt. Zudem ist das Kieskonzept bis 2025 zu erarbeiten, nicht erst bis 2030 wie vom Regierungsrat vorgeschlagen.

Dem Antrag, beim Kieskonzept die Formulierung «ohne neue Abbaugelände» zu verwenden und neu den Zeithorizont 2025 einzubauen, stimmte die Kommission mit 14 zu 0 Stimmen und ohne Enthaltungen zu (Beschluss E 11.1.1, 2. Absatz).

E 11.1.1 Koordination Kies- und Deponieplanung / ausgeglichene Import- und Exportbilanz:

An den Voten verschiedenster Kommissionsmitglieder zeigte sich, dass die Deponie- mit der Kiesplanung besser zu koordinieren ist. Massive Importüberschüsse beim sauberen Aushub sind ökologisch unzweckmässig und zu unterbinden. Generell lautet das Ziel, mit den Nachbarkantonen eine ausgeglichene Import- und Exportbilanz auszuweisen. Den Chamerinnen und Chamern ist nicht zuzumuten, dass wir Hatwil festsetzen und gleichzeitig uneingeschränkt Aushub importieren, um Hatwil mit ausserkantonalem Material schnell aufzufüllen. Hatwil soll in erster Linie die Zuger Bedürfnisse abdecken (z. B. Seekreide).

Ein entsprechender Antrag mit diesen beiden Ergänzungen nahm die Kommission mit 14 zu 0 Stimmen und ohne Enthaltungen an (Beschluss E 11.1.1, 3. Absatz).

E 11.1.3 Recyclingbaustoffe:

In der Kommission wurde vorgebracht, dass der Anteil von Recyclingmaterial zu steigern sei. Insbesondere schlage der Regierungsrat ja im Beschluss E 11.1.3 Bst. b neue wirksame Massnahmen vor. Es sei somit nichts als konsequent, wenn das Ziel des Anteils Recyclingbaustoffe von heute 22 bis 25 Prozent im Jahr 2025 auf rund 33 Prozent im Jahr 2035 erhöht wird. Die Diskussion zeigte: Je mehr Recyclingbaustoffe und Holz verwendet wird, umso weniger Kiesabbau sei notwendig. Der Kanton setzt somit auf die Nachhaltigkeit auch in der Bauwirtschaft. Dieser Antrag sei die logische Konsequenz, wenn der Kantonsrat den Abbau ab 2035 auf maximal 300 000 m³ pro Jahr festlege.

Der konkrete Antrag lautete: Der Recyclinganteil ist von heute 22 bis 25 Prozent im Jahr 2025 auf 33 Prozent im Jahr 2035 zu erhöhen.

Die Kommission nahm diesen Antrag mit 9 zu 4 Stimmen mit einer Enthaltung an (Beschluss E 11.1.3, 1. Absatz).

E 11.2 Vorhaben

E 11.2.1 und E 11.2.2 Festsetzung oder Zwischenergebnis:

Schliesslich diskutierte die Kommission, ob das Kiesabbaugebiet Hatwil festzusetzen sei oder ob es im Zwischenergebnis bleibt und zuerst das Kieskonzept bis 2023 zu erarbeiten ist.

In der Diskussion legten die verschiedenen Mitglieder die Pro- und Contra-Argumente nochmals dar. Hauptfrage war, ob mit dem Kieskonzept neue Erkenntnisse gewonnen würden oder ob nur eine Zeitverzögerung der Entscheidung für oder gegen Hatwil entsteht. Die Kommission ist sich einig, dass das Kiesabbaugebiet Hatwil das letzte neue, grosse Kiesabbaugebiet im Kanton Zug sein wird. Die verschiedenen durch die Kommission festgelegten Änderungen zeigen dies deutlich.

In der Abstimmung standen sich am Schluss zwei Varianten gegenüber:

- a) Festsetzen Hatwil im Beschluss E 11.2.1 mit allen vom Regierungsrat vorgeschlagenen Auflagen und Streichen des ganzen Beschlusses E 11.2.2 (wie vom Regierungsrat unterbreitet).
- b) Hatwil im Beschluss E 11.2.2 als Zwischenergebnis belassen und den ganzen Beschluss E 11.2.1 streichen. Die restlichen Anpassungen der Kommission bleiben bestehen. Ausnahme: Das Kieskonzept muss der Regierungsrat bis 2023 erarbeiten und dem Kantonsrat die Vorlage anschliessend nochmals vorlegen. Dazu ist der Beschluss E 11.1.1 Abs. 2 entsprechend anzupassen (2023 statt 2025 für das Kieskonzept).

Die Kommission beschloss – mit Stichentscheid des Präsidenten (7 zu 7 ohne Enthaltungen) – die Festsetzung des Kiesabbaugebiets Hatwil im Beschluss E 11.2.1.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung nahm die Kommission die Vorlage Nr. 3075.2 - 16270 mit den von der Kommission beschlossenen Änderungen mit 7 zu 7 Stimmen ohne Enthaltungen mit Stichentscheid des Präsidenten an.

4. Antrag

Die Kommission für Raum, Umwelt und Verkehr beantragt dem Kantonsrat, auf die Vorlage Nr. 3075.2 - 16270 einzutreten und dieser mit den von der Kommission beantragten Änderungen in der Synopse gemäss Vorlage Nr. 3075.3 - 16405 zuzustimmen.

Baar, 3. Juli 2020

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der Kommission für Raum, Umwelt und Verkehr

Der Präsident: Heini Schmid

Beilagen:

- Synopse RUV, Stand 26. August 2020
- Präsentation der weiteren Grundlagen der Baudirektion für die Sitzung vom 3. Juli 2020